

1 Gemeinsamer Beschluss:

2 **„Verwaltungsstrukturreform Brandenburg –**
3 **Breiter und offener Dialog in Gesellschaft und**
4 **Parlament“**

5
6
7
8 Mit Landtagsbeschluss vom 17. Dezember 2014 haben die Regierungsfraktionen die
9 Landesregierung beauftragt, ein Leitbild für eine Verwaltungsstrukturreform in
10 Brandenburg zu entwerfen. Der Vorschlag der CDU, das Leitbild für eine
11 Verwaltungsreform im Parlament im Rahmen eines breiten und offenen Dialogs
12 zusammen mit den Bürger, Gemeinden, Städten und Landkreisen in Brandenburg zu
13 entwickeln, wurde durch die Regierungsfraktionen abgelehnt.

14
15 Eine Verwaltungsreform darf nicht von oben nach unten im Wege einer Anordnung
16 durchgesetzt werden. Sie greift oft komplex in die Kommunal- und Landesverwaltungen
17 ein wie beispielsweise mittels einer Funktionalreform, einer Umgestaltung der Aufbau-
18 und Ablauforganisation oder einer Veränderung der Gebietsstrukturen der Landkreise.
19 Im Ergebnis muss eine Verwaltungsreform zu mehr Bürgernähe und einer verbesserten
20 Dienstleistungsqualität führen.

21
22 Der Inhalt und der Entstehungsprozess des Dialogs mit den Bürgern trägt entscheidend
23 zur Akzeptanz der Reform bei und bildet gleichzeitig die Grundlage für ihre sachliche
24 und rechtliche Überprüfbarkeit. Der Dialog ist deshalb das Instrument, um die
25 Modernisierung der Verwaltung nach innen und außen zu vermitteln.

26
27 Da die Landesregierung bereits den fertigen Entwurf eines Leitbildes dem Landtag bis
28 Mitte 2015 vorlegen wird, ist es aus Sicht der CDU geboten, dass alle betroffen
29 gesellschaftlichen Gruppen in den Beratungsprozess über das Leitbild einbezogen und
30 ihre Vorstellungen auch berücksichtigt werden. In den Dialog müssen die Sichtweisen
31 der Bürger, der Verwaltungskunden, der politischen Vertreter auf Landes- und
32 Kommunalebene, der Verwaltungen und ihrer Mitarbeiter sowie der Gewerkschaften
33 und Verbände einbezogen werden.

34

35 Nach Auffassung der CDU ist dies nur mit einer umfassenden Beteiligung der Bürger, der
36 Kommunen und der Verwaltung in einem offenen und breiten Dialog möglich. Folgende
37 Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen bieten sich für diesen Prozess an:

38

- 39 • Anhörungen im Innenausschuss mit Live-Übertragung ins Internet,
- 40 • Bürgeranhörungen in Bürgerforen und -versammlungen vor Ort,
- 41 • Befragung der Verwaltungskunden,
- 42 • Befragung der Verwaltungsmitarbeiter,
- 43 • Allgemeine Möglichkeit von Eingaben im Rahmen einer Online-Umfrage,
- 44 • Gesprächsrunden und Workshops mit den politischen Vertretern und den
45 Vertretern der Verwaltungen auf Landes- und Kommunalebene sowie den
46 Gewerkschaften und Verbänden,
- 47 • Mediationsverfahren für die strittigsten Gesichtspunkte der
48 Verwaltungsstrukturreform.

49

50 Eine Forsa-Umfrage ergab, dass 64 Prozent der Brandenburger sich gegen eine
51 Kreisgebietsreform aussprechen. Der Ministerpräsident sagte in seiner
52 Regierungserklärung: „Die geplante Strukturreform ist eine Reform für die Menschen
53 und nicht gegen sie.“ Daran werden wir den Ministerpräsidenten messen und fordern
54 zum Ende des Dialogs eine Volksbefragung. Diese kann zeitlich mit der kommenden
55 Wahl zum Deutschen Bundestag erfolgen.